besonderen finanziellen Bedürfnissen bei der Regelung der Reparationsfrage gerecht zu werden. Vielleicht scheitert der Versuch der Reparationslösung auch diesmal. Trotzdem ist es die Pflicht der Regierung und des Außenministers, alles zu unternehmen, um den Versuch zu einem erfolgreichen zu gestalten. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland wird bereit sein, sich mit Frankreich zu verständigen. Dafür muß aber auch in der Erörterung der wirtschaftlichen und politischen Fragen die Voraussetzung geschaffen werden. Es dient nicht zur Verständigung, wenn der Ministerpräsident Poincare in der französischen Kammer davon spricht, daß Deutschland seit vier Jahren an Reparationen nichts geleistet hätte. Warum tritt man nicht den öffentlichen Gedankenaustausch über die deutschen Leistungen an? Wir haben unsere Leistungen aufgezählt. Sie haben 42 Milliarden Goldmark betragen, wenn auch andere Schätzungen, wie die von Cligne oder dem Institut of Economies, geringer sind. Aber auch diese Schätzungen erreichen eine Höhe von 25 Milliarden Goldmark. Es ist doch unmöglich, davon zu sprechen, daß Deutschland seit vier Jahren nichts geleistet habe. Man stellt ferner die Frage der Sicherheit in den Vordergrund, als wenn Deutschland daran dächte, Frankreich zu überfallen. Warum sind auf alle die Anregungen wegen der Schaffung eines Rheinlandtraktates und wegen weitgehender Sicherheiten für Frankreich bisher keine Antworten an uns erfolgt? Man fürchtet in Frankreich die deutschnationalistische Bewegung. Der Hitlerprozeß weckt die Erinnerungen an die Vorstellungen, die Frankreich erhoben hat, wegen der Gefahr, die in dieser Bewegung läge. Vor kurzem hat der „Temps" erst davon geschrieben, daß England und Frankreich Deutschland zur Demokratie bringen müßten. Möge man sich im Auslande doch darüber klar sein, daß keine Staatsform oder politische Entwicklung mehr geschädigt werden kann als dadurch, daß sie als im Interesse des Auslandes liegend hingestellt wird. Gegenüber der Kritik einer von mir gehaltenen Rede, in der ich bei einem geschichtlichen Rückblick auf die letzten 50 Jahre auch davon sprach, daß wir stets mit Stolz an unsere alte Armee und unsere Flotte denken werden, und in der ich mich dagegen wandte, daß man das deutsche Volk als unfähig hinstellen wolle, koloniale Arbeit zu leisten, muß ich betonen, daß uns die Erinnerung an die große Zeit unseres deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes durch keinen Friedensvertrag genommen werden kann. Es ist töricht, derartige Aeußerungen als Vorbereitung zur Revanche hinzustellen. Der englische Premierminister hat die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erörtert. Die Reichsregierung steht auf dem Boden der dem Völkerbunde zugrunde liegenden Idee der internationalen Solidarität. Diese ist aber in der gegenwärtigen Form des Völkerbundes nur unvollkommen verwirklicht. (Sehr richtig.) Trotzdem lehnt die deutsche Regierung den Eintritt nicht rundweg ab. Allerdings liegt gegenwärtig keine Einladung zum Eintritt vor. Sollte die Frage akut werden, so wird die Reichsregierung zu prüfen haben, ob die Behandlung Deutschland als vollberechtigtes Mitglied bei seiner Aufnahme in den Völkerbund gewährleistet ist.

• • •

Berlin, 28. Febr. Im Reichstag kam es heute zu einem Zwischenfall. Von der großen Zuhörertribüne warf ein älterer Herr viele Flugblätter in den Sitzungssaal und rief dabei: Justizverbrecher in Berlin! Juristen als Vampyre des deutschen Volkes! Der Mann wurde durch einen Saaldiener von der Tribüne entfernt.

•

Berlin, 28. Febr. Ueber die Haltung der Parteien zur parlamentarischen Lage sind Besprechungen zwischen den Fraktionsführern im Gange, um nach Möglichkeit Klarheit über den weiteren Verlauf der parlamentarischen Entwicklung zu schaffen. Der „Zeit" zufolge zielen die Besprechungen auf einen Initiativantrag der Parteien ab, durch den der Reichstag seinem Dasein selbst durch Festsetzung eines Termins für die Auflösung und die unmittelbar darauf folgenden Neuwahlen ein Ende setzt.

Berlin, 28. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Initiativantrag eingebracht, in welchem gefordert wird, daß die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstages am 3. Mai für beendigt erklärt wird, und daß die Reichstagswahlen für Sonntag, den 4. Mai, festgesetzt werden.

Berlin, 28. Febr. Die gestern abgehaltenen Fraktionssitzungen im Reichstage haben ebensowenig eine Klärung der parlamentarischen Lage gebracht, wie die vorausgegangenen Reden der Regierungsvertreter. Ueber die kommende Situation sind sich nicht einmal die Fraktionen selbst im Klaren. In der Sitzung der Zentrumsfraktion machte Reichskanzler Dr. Marx die Mitteilung, daß er, für den Fall einer Durchbringung der sozialdemokratischen Anträge, die Auflösungsvollmacht des Reichspräsidenten bereits in der Tasche habe.

Hochverrat in Oberschlesien.

Oppeln, 28. Febr. Der Oberpräsident von Schlesien begründet die Massenverhaftungen in Gleiwitz mit der Zugehörigkeit von in Deutsch-Oberschlesien wohnenden Reichsangehörigen zu den in Polnisch-Oberschlesien bestehenden Insurgentenorganisationen. Allem Anscheln nach seien in Deutsch-Oberschlesien Ortsgruppen der Insurgentenorganisationen gebildet worden. Gegeen die bisher Verhafteten werde das Ermittlungsverfahren beim Oberreichsanwalt eingeleitet werden.

•

Beuthen, 28. Febr. Gegen die Polizeiwache im Arbeiterviertel von Gleiwitz wurde ein Handgranatenattentat verübt.

Berlin, 28. Febr. Durch die infolge der Arbeitszeitstreitfrage eingetretene Schließung der Hamburger Werften sind 25—30 000 Arbeiter erwerbslos geworden.

Die Bedrückung von Pirmasens.

Pirmasens, 28. Febr. Im Anschluß an die blutigen Ereignisse vom 12. und 13. Februar sind von der französischen Besatzungsbehörde neuerdings Verhaftungen vorgenommen worden. Im ganzen sind etwa 50 Verhaftungen erfolgt, während sich etwa 200 Bürger der drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen haben. Die Separatisten halten sich immer noch im Rathause auf. Sie verhöhnen die Bevölkerung in den Straßen, drohen mit Rache und verrichten Spitzeldienste für die Franzosen. Unter dem Schutz des Belagerungszustandes treiben sich zahlreiche Separatisten in der Stadt herum. Die städtischen Schutzleute müssen ihren Dienst in Begleitung von Marokkanern verrichten. Säbel und Schußwaffe sind ihnen abgenommen worden. Die Verkehrssperre bis 7 Uhr und das Verbot des Radfahrverkehrs wird mit aller Strenge auch während des Tages durchgeführt. Da die Verwaltung der Stadt infolge der Verhaftung unentbehrlicher Beamten nur mangelhaft durchgeführt werden kann, desgleichen auch zahlreiche Privatfirmen, deren Leiter verhaftet oder geflohen sind, schwer gefährdet sind, leidet die Bevölkerung außerordentlich. Die Rückkehr des durch die Separatisten ausgewiesenen Bürgermeisters und zweier Stadträte ist immer noch nicht möglich. Von den Separatisten verfolgte Flüchtlinge, die nach dem Zusammenbruch der separatistischen Herrschaft zurückgekehrt waren, sind von den Franzosen aufs neue verhaftet worden. Sämtliche Sportvereine sind von den Franzosen aufgelöst worden und sämtliches Sportgeräte ebenso die Protokollbücher mitgenommen worden.

Die Lebenskraft des deutschen Volkes.

D. A. I. Der Deutsche Verein in Christiania feierte Mitte Februar unter überaus zahlreicher Beteiligung der deutschen Kolonie und norwegischer Kreise das Jubiläum seines 40jährigen Bestehens. Bei diesem Anlaß hielt Björn Björnson eine Rede auf Deutschland und die Lebenskraft des deutschen Volkes. Er sprach von Deutschlands Zukunft und erzählte eine kleine Geschichte: Zwei Frösche, der eine ein Optimist, der andere Pessimist, fielen eines nachts in einen Milchnapf, und so sehr sie sich auch anstrengten, kamen sie nicht heraus. Schließlich gab der Pessimist seine Bemühungen auf und ging unter. Aber der Optimist strampelte weiter, und als der Morgen graute, merkte er, daß er festen Grund unter den Füßen hatte. Er stand auf — Butter. Björnsons Gleichnis erregte stürmischen Beifall.

Hendersons „schwerer Fehler".

London, 28. Febr. Der Vorstoß gegen das Kabinett Macdonalds aus Anlaß der Rede Hendersons über die Revision des Versailler Vertrages führte im Unterhause zu einer großen außenpolitischen Debatte. Macdonald bezeichnete die Rede Hendersons als schweren Fehler. Darauf erklärte sich die konservative Partei durch Baldwin befriedigt. Macdonald erklärte: Er werde seine Reparationspolitik erst entwickeln, sobald die Sachverständigen ihre Berichte erstattet haben. Dann werde er versuchen, die gleichzeitige Regelung der Reparations-, der Schulden- und der Sicherheitsfrage herbeizuführen. Die Abrüstung Europas und der Ausbau des Völkerbundes zu einer wirksamen Friedensorganisation durch Aufnahme Deutschlands und Rußlands seien sein Ziel. Er habe das Wort Revision des Friedensvertrages sorgfältig vermieden, weil er wisse, daß das Wort Revision nur Befürchtungen und Vorurteile erregt und er habe daher nur davon gesprochen, die europäischen Probleme aufs neue in ihrer Gesamtheit zu erörtern.

•

London, 28. Febr. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage, ob der Gesamtbetrag aus der 26prozentigen Reparationsabgabe dem britischen Schatz zufließe oder ob die Summe gemäß dem in Spaa getroffenen Prozentsatze zwischen den Alliierten geteilt würde, antwortete der Schatzkanzler Snowden, der Gesamtbetrag sei dem britischen Schatze zugeflossen. Bis zum Januar 1923 sei Großbritannien nach dem Abkommen unter den Alliierten berechtigt gewesen, das, was es ansammle, zu behalten. Während der letzten Monate seien die Verhältnisse hinsichtlich der Reparationen in einen etwas verworrenen Zustand geraten. Auf die Frage, ob die Reparationskommission aufgehört habe, ihre Tätigkeit auszuüben, erwiderte Snowden: Praktisch ja.

•

London, 28. Febr. Der Schatzkanzler Snowden erklärte im Unterhaus, vom 31. März bis Ende Dezember 1923, hätten die Einnahmen aus der 26prozentigen Reparationsabgabe ungefähr 18 Millionen Pfund Sterling betragen. Die Regierung hoffe jetzt 150 000 Pfund monatlich zu erhalten.

Der Petroleumskandal.

Paris, 28. Febr. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Ausschuß der mit der Untersuchung über den Petroleumskandal betraut ist, neue Akten erhalten, aus denen hervorgeht, daß Beamte des Weißen Hauses in den Petroleumskandal verwickelt sind.

Der Hitler-Prozeß.

München, 28. Febr. Die Sitzung konnte erst um 10,30 Uhr eröffnet werden, da nach einer Mitteilung des Gerichtsvorsitzenden Ludendorff auf der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Autopanne erlitten hatte. Der erste Staatsanwalt Dr. Stenglein erklärte, die Staatsanwaltschaft habe kein Interesse an der zeugenschaftlichen Vernehmung Ehrhardts. Hierauf setzte das Gericht die Vernehmung der Angeklagten fort.

Oberstleutnant a. D. Kriebel, der militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, äußert sich über seine Tätigkeit und über die Beweggründe seines Handelns. Er leitete seine Rede mit einer Schilderung seiner Tätigkeit bei der Waffenstillstandskommission in Spaa ein; er erklärte: Von dort haben wir das ganze Elend mitgebracht. Wir standen vor einem rücksichtslosen Feind, während im Rücken Verbrecherbanden das einzige Bollwerk, was wir noch hatten, zerstörten. Es ist uns klar geworden, daß wir auch den Feind im Innern hatten, der beseitigt werden mußte, bevor an die große Frage herangetreten werden konnte. Wir mußten erleben, wie dort von den Männern der Revolution die Grundlage des Volkes preisgegeben und verschleudert wurde. Als ich noch in der Pfalz war, mußte ich mir von General de Metz eine Behandlung gefallen lassen, gegen die sich mein Innerstes aufbäumte. Als unser Zug von Spaa abfuhr, rief ich am offenen Fenster mit geballter Faust den Belgiern zu: Auf Wiedersehen in einigen Jahren! Entrüstungssturm, Steinhagel und Revolverschüsse auf uns waren die Antwort.

Kriebel schildert hierauf seine Tätigkeit bei der Einwohnerwehr und erklärt, er habe sich auch an der politischen Bewegung im März 1920 beteiligt und sich damals seine Staatsstreichsporen verdient. (Heiterkeit). Die Schuld an der Auflösung der Einwohnerwehren trage allein Herr von Kahr, der es seinerzeit ausdrücklich abgelehnt habe, sich hinter die Einwohnerwehren zu stellen. Er habe damals v. Kahr als einen Mann der offenen Hintertür erkannt. Die Auflösung der Einwohnerwehren habe zur Folge gehabt, daß sich die wahrhaft vaterländisch gesinnten Männer vollständig von dieser Organisation zurückgezogen hätten. Kriebel teilt dann weiter mit, daß seine Tätigkeit bei der Organisation Escherich im Herbst 1921 ihr Ende fand, weil man ihm nachsagte, er wolle eine Donaumonarchie errichten. Er schildert sodann, wie er im Jahre 1922 allmählich Beziehungen zu den Organisationen des Kampfbundes bekam, wie er Hitler kennengelernt habe und wie er schließlich militärischer Leiter des Kampfbundes geworden sei. Diese Stellung habe ihn in die Lage gebracht, in der er sich augenblicklich befinde.

Der Angeklagte ersucht hierauf im Interesse der Ruhe und Ordnung im Staate, ihm Gelegenheit zu geben, seine weiteren Ausführungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit machen zu dürfen.

Das Gericht zog sich zurück und gab hierauf von dem Beschluß Kenntnis, daß die Oeffentlichkeit für die weitere Vernehmung des Angeklagten ausgeschlossen wird.

•

Am Freitag wird sich General a. D. Ludendorff über sein Verhalten in den Tagen des 8. und 9. November zu rechtfertigen haben.

•

Berlin, 28. Febr. In München sollen Gerüchte umgehen, von denen die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nur darum Kenntnis gibt, weil sie offenbar von sehr autoritativer Seite verbreitet werden, daß nämlich in allernächster Zeit mit Verhaftungen von drei Persönlichkeiten zu rechnen sei.

Der Valutagerichtshof.

W. W. Der zur Aufklärung der Ursachen für den Zusammenbruch der Markstabilisierungsaktion im April dieses Jahres eingesetzte Reichstagsausschuß hat seine Arbeit beendigt. Es war für den Laien nicht immer leicht, den Verhandlungen zu folgen und zu unterscheiden, wo kleine zufällige Irrtümer oder große grundsätzliche Fehler begangen worden sind. Auch darüber, was als unabwendbares Verhängnis, bzw. als Machenschaften eines übermächtigen Gegners anzusehen sei, und was auf das Schuldkonto deutscher privater oder amtlicher Persönlichkeiten zu setzen ist, ist einem Nichtfachmann das Urteil sehr erschwert worden. Das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist jedenfalls das, daß von einer Schiebung großen Stils nicht die Rede sein kann. Man hat der Reichsbank nicht ohne eine gewisse Berechtigung vorgeworfen, daß sie sich auf ein „starres" System der Kursverteidigung festgelegt habe. In der Tat ist es nicht zu verwundern, daß sich der Mitte Februar behauptete Dollarkurs nach einer fortlaufenden Verschlechterung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage zwei Monate später nicht mehr aufrecht erhalten ließ. Zur Rechtfertigung der von der Reichsbank angewandten Taktik verdient hervorgehoben zu werden, daß eine Stabilisierungsaktion von ein bis zwei Wochen schwerlich die Preiswoge zum Stillstand gebracht hätte, und daß erst nach einer Reihe von Wochen die Beruhigung auf dem Inlandsmarkte eintrat, welche die Voraussetzung für ein Stehenbleiben der Preise bildet. Es hätte aber doch wohl den Verhältnissen besser entsprochen und den späteren Rückschlag weniger fühlbar gemacht, wenn die Reichsbank nicht so hartnäckig den 20 000 Markkurs des Dollars verteidigt hätte.

Die Untersuchung des Reichstagsausschusses hat die Tatsache gestört, daß die Devisenhamsterer und Spekulanten das Gros der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln schaffen. Bei dem starken Bedarf an englischer Kohle und ausländischen Nahrungsmitteln ließ sich ein starker laufender Devisenbedarf nicht vermeiden. Nach den Zeugenaussagen vom 9. Juli muß angenommen werden, daß die mit der Kohlenbeschaffung betrauten Stellen der Reichsbahn nicht immer die nötige Vorsicht und Besonnenheit gezeigt haben. Hier kann zweifellos einer künftigen Wiederholung solcher Vorfälle vorgebeugt werden. Betrübend und beschämend zugleich ist die Feststellung, daß ein weibliches Mitglied der Reparationskommission auf Grund ihrer Exterritorialität große Posten von Devisen an deutschen Börsen zu kaufen vermochte, ohne daß behördlicherseits gegen sie eingeschritten werden konnte. Die jetzige starke Nachfrage nach Devisen ist kein Zeichen eines verschärften Spekulantentums, sondern des in dieser Zeit besonders dringenden Bedarfes und gleichzeitig der Sorge, daß für die Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen und für die Ernährung unseres Volkes notwendigen Mengen von Auslandsgütern nicht rechtzeitig beschafft werden können. Man kann nicht nachdrücklich genug die Mahnung des Reichswirtschaftsministers Becker unterstreichen, daß sich jeder Deviseninteressent in der Deckung seines Bedarfes die größte Beschränkung auferlegen muß, damit nicht unermeßliche Schäden für die Gesamtheit eintreten.

Aus den Parteien.

Berlin, 28. Febr. Eine Meldung, daß der Reichstagsabgeordnete Hergt sein Amt als Führer der deutschnationalen Volkspartei wegen nervöser Ueberarbeitung niedergelegt habe, wird nach Erkundigungen an unterrichteter Stelle als in allen Teilen glatt erfunden bezeichnet.

Oertliche Angelegenheiten.

Aue, 29. Febr. Heute wurden die 14 Abituriten (darunter zwei Mädchen) der Oberrealschule feierlich entlassen. Nach dem einleitenden allgemeinen Gesang des Liedes: Bis hierher hat mich Gott gebracht, trug die Obertertianerin Eva Wetzel einen Einzelgesang: Gebet, von Hiller, vor. Es folgte die Abschiedsrede des Abiturienten Aichinger, dem der Unterprimaner Rößner im Namen der in der Schule zurückbleibenden Schüler erwiderte. Unterprimaner Weinhold hatte den abgehenden Kameraden zu Ehren ein „Geleit" betiteltes Gedicht verfaßt, das er selbst vortrug. Nach dem Chorgesang: Lebet wohl, von J. A. P. Schulz, ergriff der Rektor der Schule, Professor Aichinger, das Wort zu seiner Entlassungsrede, der er den zweiten der Sprüche des Konfucius von Schiller zugrunde legte. Er richtete an die Abgehenden die dreifache Mahnung: rastlos vorwärts streben, ins Breite sich entfalten und in die Tiefe zu steigen. Preise erhielten die Abiturienten Puschmann und Vetter, und zwar ersterer einen vom Verein ehemaliger Real- und Oberrealschüler zu Aue gestifteten Geldpreis, letzterer den Preis für tüchtige Leistungen im Zeichnen aus der Rudolf-Reinwart-Gedächtnis-Stiftung. Unter Aushändigung der Reisezeugnisse wurden die Abiturienten aus dem Verband der Schule entlassen. Mit den Klängen des Komitats von Mendelssohn endete die Feier.

Lößnitz, 29. Febr. Kommenden Sonntag wird im Vormittagsgottesdienst des heimgegangenen Kantor i. R., Löscher, besonders gedacht werden. Der Liederkranz wird eine Motette ihm zu Ehren singen und Oberpfarrer Mc. Schuster wird in der Predigt im Anschluß an ein Gesangbuchslied im Jubiläumsjahr des Gesangbuchs des treu verdienten Mannes besonders gedenken.

Mittweida, 29. Febr. 3. Gemeinderatssitzung. Das Gemeindeverordnetenkollegium war vollständig vertreten; den Vorsitz führte der Gemeindevorstand. Der Zuhörerraum war dicht besetzt. Nach Eröffnung der Sitzung nahm man Kenntnis von verschiedenen Eingängen, von dem Wegfall der Mehlzuweisung der internationalen Arbeiterhilfe, vom Angebot eines Architekten, von der Beschotterung der Dorfstraße und von der erfolgten Revision sämtlicher Kassen. Einstimmige Genehmigung findet der 13. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung (Hundesteuer) in zweiter Lesung. Auf ein Gesuch der Klöppelschule zu Oberschelbe werden zu dem Fehlbetrag des vergangenen Jahres 54 Goldmark bewilligt. Das im Entwurf und bereits von einem Ausschuß vorberatene Ortsgesetz über das Verfahren bei Wahlen der Ausschüsse der Gemeindeverordneten usw. wird, nachdem einige Abänderungen vorgenommen worden sind, genehmigt. Die Wahl der Gemeindeältesten ergab sechs Stimmen für den Wahlvorschlag Hüller (Kom.) und 5 Stimmen für den Wahlvorschlag Meyer (Ind.). Es erhielt Hr. Hüller die Bezeichnung 1. und Hr. Meyer die Bezeichnung 2. Gemeindeältester. Bei der Wahl für die Ausschüsse werden 10 gültige und eine ungültige Stimme, die aber auf Antrag des Gemeindeverordneten Neubert von den Gemeindeverordneten für gültig erklärt wird, abgegeben. Gewählt wurden in den Verfassungsausschuß: Flemig, Weigel, Hüller, Meyer, Thiele; Gemeindewahlausschuß: Weigel, Kandler, Neubert, Thiele, Ficker; Bau- und Wohnungsausschuß: Hüller, Max Richter, Emil Thiele, Dittenberger, Edwin Beuthner; Armen- und Wohlfahrtspflegeausschuß: Flemig, Max Richter, Neubert, Emil Rosenbaum, Edwin Beuthner; Feuerlöschausschuß: Hüller und Thiele; Bestattungsausschuß: Flemig, Max Richter, Meyer, Albin Ficker; Schulbezirksvorstand und Ausschuß: Hüller, Weigel, Kandler, Meyer, Brückner, als Elternvertreter: Paul Schmisch, Johannes Pastor, Gemeindevorstand Bretschneider. Ein Pachtvertrag, der die Pachtung eines Steinbruches regelt, findet einstimmige Genehmigung. Es folgt nichtöffentliche Sitzung.

Konzerte, Theater, Vergnügungen.

Aue, 29. Febr. Die Leitung unserer Volkshochschule hatte gestern einen Sonatenabend veranstaltet und hierfür die Herren Kapellmeister Drechsel (Violine) und Organist Philipp (Klavier) aus Augustusburg gewonnen. Es hatten sich wieder viele Musikfreunde eingefunden, um den Darbietungen der Künstler zu lauschen, immerhin aber hätte der Besuch noch besser sein können. Die Leistungen brauchen einen Vergleich mit dem, was in den vorhergehenden Konzerten von namhaften Musikern geboten wurde, nicht zu scheuen. Gespielt wurde die Sonate in F-Dur von Grieg, drei Sätze aus Sonate VI von Bach für Violine und Beethovens Kreutzersonate. In den Kinderszenen von Robert Schumann gesellte sich zu den beiden genannten Künstlern Studienrat Hohlfeldt, der die Kompositionen durch die Dichtung Kurt Arnold Findeisens verständnisinnig erläuterte. Das Hauptwerk des Abends war die Kreutzersonate, die meisterhaft gespielt wurde. Alle Feinheiten wurden plastisch herausgearbeitet, die Klangwirkung war prächtig. Die drei Sätze aus der Bachschen Sonate spielte Kapellmeister Drechsel mit tiefer Beseelung und großem Schwung. Die Hörer dankten für die herrlichen Gaben durch lebhaften Beifall. Die Aula der Oberrealschule hätte besser gefüllt sein können.

Lauter, 29. Febr. In den letzten zwei Vortragsabenden der Volkshochschule sprach Schuldirektor Uhlig über „Wanderungen im erzgebirgischen Dichterwinkel". Am 23. Februar sprach Lehrer Jakosch aus Bockau über „Franz Schubert" und am 6. März wird Kantor Crasselt aus Bockau über „Beethoven" Vorträge bieten, die durch musikalische Beigaben ausgezeichnet sind.

Bernsbach, 29. Febr. Der Stenographen-Verein hatte vergangenen Sonnabend seine Mitglieder mit Angehörigen zu einer schlichten Gabelsberger-Geburtstagsfeier eingeladen. Der Vorsitzende konnte in seiner Begrüßungsansprache auch eine Anzahl auswärtige Kunstgenossen begrüßen und gedachte dann in beredten Worten der Lebensarbeit Gabelsbergers. Musikalische Vorträge der Hauskapelle umrahmten die Feier. Das Lustspiel „Gefunden", sowie die verschiedenen humoristischen Vorträge fanden allgemeinen Beifall. Das Ergebnis des Preiswettschreibens war folgendes: 1. Preis bei 200 Silben Adele Groß; 2. Preis bei 160 Silben Martha Tuchscherer; 1. Preis bei 120 Silben Else Hofmann; 1. Preis bei 100 Silben Erna Ficker, Martha Teubner, Erich Ficker, Kurt Geuß; 1. Preis bei 80 Silben Gerhard Nötzel; 2. Preis bei 60 Silben Erna Meyer; beim Schön- und Richtigschreiben haben Preise erhalten: 1. Preis Else Hofmann, 2. Preis Mariechen Ficker, Erna Ficker, Erna Meyer.